
8. Tagung der V. Landessynode
der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
vom 19. bis 20. April 2024 in Görlitz

Beschluss

Für Demokratie entschlossen bestehen und Dialog fördern

Für die Würde des Menschen als Ebenbild Gottes bestehen

Als Christenmenschen erkennen wir im anderen Gottes Ebenbild – unabhängig vom jeweiligen Glauben sind wir alle Gottes Kinder. Darauf gründet unsere Motivation, die Würde jedes Menschen mit aller Kraft zu schützen, egal welcher Herkunft, welcher Nationalität, welcher Religion, welcher geschlechtlichen Identität. Das ist der Anspruch, der uns mit vielen verbindet und der nicht bloßer Appell sein darf. Wir müssen alle gemeinsam und jeder für sich, in unserer Gesellschaft dafür bestehen. Die besten Voraussetzungen für den Schutz der Würde jedes Menschen bietet nach unserer Überzeugung ein Staat, in dem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fest verankert sind.

Zu denjenigen, die Demokratie und Rechtsstaat aktiv bekämpfen, gehört die AfD in unheiliger Allianz mit Rechtsextremen. Sie folgen dem alten Motiv: Schuld sind immer die anderen – die anders aussehen, die anders denken, die anders glauben, die anders leben. Dies gefährdet unser friedliches Zusammenleben und fordert unseren entschiedenen Widerspruch heraus.

Die Landessynode hält angesichts der erkennbaren weiteren Radikalisierung der AfD, die in ihrer Gesamtheit immer stärker menschenfeindliche Ziele verfolgt, die Mitgliedschaft oder tätige Unterstützung dieser Partei, wie bei der Wahrnehmung eines Mandats für unvereinbar mit dem Bekenntnis zu Wort und Sakrament und der Ausrichtung des Lebens auf Jesus Christus. Das bedeutet eine Unvereinbarkeit mit Ämtern und Aufgaben, beispielsweise dem Ältestenamtsamt sowie den Ämtern im Verkündigungsdienst in unserer Landeskirche. Sie beauftragt das Konsistorium, dies in den Handreichungen zur Ältestenwahl 2025 zu berücksichtigen. Die Kirchenleitung wird gebeten zu prüfen, ob die im Ältestenwahlgesetz vorgesehenen Instrumente ausreichend sind, um die Einhaltung der Kriterien nach Art. 19 der GO umzusetzen, insbesondere die Vereinbarkeit von Ältestenamtsamt und politischen Ämtern in der AfD.

Die Kirchenleitung möge die erforderlichen Rechtsänderungen so schnell wie möglich durch Verordnung mit Gesetzeskraft regeln.

Die evangelische Kirche steht aus gutem biblischem Zeugnis ein für Weltoffenheit, den Blick für die Schwachen in unserer Gesellschaft und in der Welt und für die Bewahrung der Schöpfung. Das sind ureigene christliche Überzeugungen, von denen uns niemand abbringen kann.

Demokratie und Rechtsstaat können auf uns zählen

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit waren beileibe nicht immer Sache unserer Kirche. Zwar blicken wir auf innerkirchliche Wahlen bereits im 19. Jahrhundert, aber der demokratische Staat der Weimarer Republik wurde von der Evangelischen Kirche in großer Mehrheit abgelehnt. Es war ein mühsamer Lernprozess nach 1945, der uns im Sinne der Theologischen Erklärung von Barmen aus dem Jahre 1934 abbrachte von dieser Sünde. In der DDR-Zeit fanden die einzigen freien Wahlen in den Kirchen statt, verbunden mit dem Streben nach Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Kirchen waren in den achtziger Jahren vielfach ein Ort des gemeinsamen Eintretens für Demokratie und eine lebenswerte Zukunft. Sie waren Räume des gemeinsamen Nachdenkens und Streitens und haben dadurch die friedliche Revolution 1989 beflügelt.

Weil wir es als Kirche so mühsam gelernt haben, sagen wir heute umso entschiedener: Demokratie und Rechtsstaat sind für uns nicht verhandelbar und wer sie aktiv bekämpft, muss mit unserem Widerstand rechnen.

Die evangelische Kirche dankt allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich um ein politisches Mandat bewerben und dafür Zeit, Kraft und Leidenschaft investieren. Ihre Bereitschaft zur Mitwirkung und ihr Einsatz für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit haben Respekt und Wertschätzung verdient.

Es gehört zu unseren unvertretbaren Aufgaben, den Dank für diejenigen erlebbar zu machen, die in der Phase der Kandidatur häufig Hass und Hetze erfahren. Dazu braucht es unser aller Entschlossenheit.

Landeskirche unterstützt Gemeinden und Kirchenkreise

In Vorbereitung auf die Wahlen zum Europäischen Parlament und in den Kommunen im Juni sowie bei den Landtagswahlen im September sind wir gefordert, unsere christlichen Werte in die gesellschaftliche Debatte einzubringen. Am besten geschieht das vor Ort in den Kirchengemeinden und Kirchenkreisen, die oft gute Orte des Nachdenkens und gemeinsamen Streitens sind. Gegenseitiges Verstehen setzt gutes Zuhören voraus. Die Landessynode begrüßt die Vorbereitung von Unterstützungsmaßnahmen durch Landeskirche, Evangelische Akademie und Diakonischem Werk und bittet darum, insbesondere folgende Maßnahmen weiterzuverfolgen:

- Förderung von (auch) kirchlichen Foren zu den Wahlen durch Moderatorenpools und Moderationsschulungen
- Angebot einer Plattform zum Austausch über Beispiele guter Praxis
- Geeignete Unterstützungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit
- Stetige Vernetzungsarbeit

Die Landessynode bittet die Kirchengemeinden und Kirchenkreise darum, aktiv für die Teilnahme an den Wahlen zu werben und dafür in den jeweiligen Regionen Öffentlichkeit herzustellen und

Orte des lebendigen Dialogs zu sein. Sie bestärkt alle Engagierten darin, dafür geeignete Formen zu entwickeln.

Zusammen streiten für Demokratie

Wir erleben große Versammlungen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und sind dankbar für die Gemeinschaft von vielen Menschen, die sonst vieles trennen mag. Es ist wichtig, den gemeinsamen Grund, auf dem wir stehen, wahrzunehmen - abseits von unterschiedlichen Motivationen. In diesem Sinne ist die EKBO bereit, mit vielen Organisationen zusammenzuarbeiten. Eine Unterstützung einzelner Parteien schließen wir jedoch aus, wiewohl wir den Wert von Parteien in der politischen Willensbildung ausdrücklich anerkennen. In Bündnissen, die sich wie beispielsweise die Aktion „Brandenburg zeigt Haltung“ oder „Berlin Weltoffen“, für unsere Demokratie einsetzen, engagieren wir uns weiter.

Von der Landessynode am 20. April 2024 einmütig beschlossen.

Harald Geywitz

Präses